

Stellungnahme der Gemeinderatsfraktion Grüne Liste Mensch und Umwelt zum Haushaltsplan 2016

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin Schwaderer, sehr geehrte Damen und Herren, zunächst bedanken wir uns bei Herrn Mogler, Herrn Hübner und allen Mitarbeitern für die übersichtliche und gut nachvollziehbare Aufbereitung der Haushaltsdaten.

Herr Mogler hat die zugehörigen Zahlen Fakten Daten ausführlich erläutert.

Frau Bürgermeisterin Schwaderer hatte, um mit ihren Worten zu sprechen in diesem Jahr Premiere. Bei der Haushaltseinbringung vor drei Wochen hat sie deutlich die Herausforderungen dargestellt, die auf Möglingen in den nächsten Jahren zukommen. Sie hat nichts beschönigt, aber auch „den Teufel nicht an die Wand gemalt“, trotz der sich abzeichnenden kritischen Finanzsituation. Schon vor der Haushaltseinbringung wurde deutlich, dass Frau Schwaderer in zupackender Art und Weise die Geschicke der Gemeinde Möglingen in Angriff nimmt. Das schätzt unsere Fraktion. Vielen ihrer Positionen stoßen bei uns auf breite Zustimmung, sei es bei der zunehmenden Bürgerbeteiligung beim angedachten Büchereikonzept, der Unterstützung des Ehrenamtes auch durch Wertschätzung durch einen Ehrenamtsabend oder der Schaffung eines Energiebeirates. Ein von ihr nun angekündigter Gemeinde-entwicklungsplan ist längst überfällig, nicht erst in Zeiten knapper Kassen. Er bietet die Möglichkeit gemeinsam mit den in Möglingen lebenden Menschen die Richtung festzulegen, er ermöglicht Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Dies begrüßen und unterstützen wir. Auf für unsere Fraktion besonders wichtige Punkte werde ich noch eingehen.

Zunächst zu den wesentlichen Eckdaten des Haushaltsplans 2016:

Das Volumen des Verwaltungshaushalts hat erneut zugenommen und liegt bei ca. 26, 5 Mio. €. Dieser Anstieg ist leider nicht auf steigende Einnahmen wie den Gemeindeanteil bei der Einkommenssteuer zurückzuführen sondern auf gesunkene Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich. Die wesentlichen Faktoren liegen jedoch auf der Ausgabenseite wie gestiegenen Personalkosten. Bedingt durch die unerwartet hohen Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 haben sich deshalb auch die Finanzausgleichs- und Kreisumlage erhöht. Die Gewerbesteuer lag in den vergangenen Haushaltsjahren verlässlich zwischen 2,5 und 3 Mio. €. Das Rechnungsergebnis 2014 lag mit fast 4,6 Mio. € und 2015 mit ca. 3,3 Mio. € über den Haushaltsansätzen. Diese Zahlen können jedoch nicht weiter erwartet werden, so ist aus unserer Sicht der HH-Ansatz mit 3 Mio. € realistisch. Die genannten Punkte sind die Hauptgründe dafür, dass die eigentlich vom Verwaltungshaushalt zu erwirtschaftende Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt nicht realisiert werden kann, vielmehr muss eine „negative Zuführungsrate“ erfolgen. Sie beträgt knapp 0,85 Mio. € und schränkt den Handlungsspielraum für die kommenden Jahre deutlich ein. Die Rücklagen im Haushaltsjahr 2015 werden sich nach Abschluss der Rechnungsergebnisse gegenüber dem Planansatz voraussichtlich um ca. 0,85 Mio. € erhöhen, so dass

sie nach Abzug der erforderlichen Mindestrücklage bei stattlichen 9,8 Mio. € liegen wird.

Diese Rücklagen bilden die finanzielle Grundlage für die großen Herausforderungen der kommenden Jahre, die unsere Fraktion unterstützt und mitträgt:

Den Bau der Gemeinschaftsschule mit der Bücherei, das Blockheizkraftwerk, die Anpassung der Kinderbetreuungsangebote an den Bedarf, das integrierte energetische Quartierskonzept, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Investitionen in den Gebäudeerhalt, Schaffung von Wohnraum für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Den Vorschlag von Frau Bürgermeisterin Schwaderer die Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in einen Eigenbetrieb auszulagern halten wir für diskussionswürdig.

Für die o.g. Aufgaben reichen die Rücklagen nicht aus, die pro-Kopf-Verschuldung wird zunehmen, dies ist eine notwendige Tatsache.

Eine Bemerkung zu den **Personalkosten**, die 31, 24 % der Ausgaben im Verwaltungshaushalt ausmachen.

Den größten Anteil bilden die Personalkosten im Sozial- und Erziehungsdienst. Diese Kosten sind eine Investition in die Zukunft. **Ausreichende und verlässliche Betreuungsangebote** auf einem guten Qualitätsstandard sind für Eltern ein wichtiges Kriterium bei der Wohnortwahl. Bei der Bereitstellung von Betreuungsplätzen zeigt sich, dass der Bedarf weiter zunimmt. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die helfen den Bedarf in diesem Bereich kurzfristig zu decken, so wie die Interimslösungen beim evangelischen Gemeindezentrum. Hierzu zählt auch die vorgeschlagene neue Angebotsform einer Naturgruppe beim Abi, die wir sehr begrüßen. Sie müsste nach unserer Ansicht auch Resonanz bei den Eltern finden. Aus unserer Sicht ist die Aussetzung der Möglinger Standards weiterhin notwendig und vertretbar, um die Warteliste nicht zu verlängern. Den mittelfristigen Bedarf kann man nur durch weitere Baumaßnahmen decken. Die beabsichtigten Ausbaumöglichkeiten in den Kindergärten Stromberg- und Rosenstraße unterstützen wir.

Große Sorge bereitet uns der schon seit Jahren vorhandene und weiter zunehmende **Mangel an bezahlbarem Wohnraum**. Er hat sich durch die gestiegenen Flüchtlingszahlen noch weiter verschärft. Unsere Fraktion hat dazu bereits **vor drei Jahren** einen Antrag im Gemeinderat eingebracht und die Gemeindeverwaltung aufgefordert, alle Möglichkeiten zu untersuchen, z.B. durch Belegrechte auf der Grundlage des ausgelaufenen **Möglinger-Modells** (Neise-Modell) im Bereich von Neubauwohnungen bzw. im Wohnungsbestand (Modernisierung) den Mangel an bezahlbarem Wohnraum abzumildern. Verschiedene Möglichkeiten wurden von der Gemeindeverwaltung zwischenzeitlich untersucht, jedoch ohne brauchbare Ergebnisse. Die Gemeinde Möglingen besitzt selbst nur sehr wenige Grundstücke, die für eine Bebauung in Frage kommen und bei Weitem den Bedarf nicht decken können.

Deshalb haben wir vorgeschlagen, dass bei Neubebauung von Grundstücken **Verhandlungen mit den Wohnungsbaugesellschaften** aufgenommen werden, damit ein Teil der entstehenden Wohnungen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden könnten. Diesen Vorschlag hat die Verwaltung nun aufgegriffen. Der zunehmende Bedarf kann nicht ausschließlich über Neubau gedeckt werden. In den Möglinger Nachrichten wird regelmäßig dazu aufgerufen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, trotzdem ist die Resonanz nicht ausreichend. Aus unserer Sicht muss über die Grundsätze des Möglinger-Modells **nochmals ausführlich informiert werden**. Gerade bei privaten „Häusles- und Wohnungsbesitzern“ sollte noch stärker darum geworben werden **Leerstand zu vermeiden**. Vielleicht könnte auch eine neutrale „Kontaktbörse“ helfen Vorbehalte abzubauen. Bei einer solchen Kontaktbörse müssten Wohnungssuchende, die keine Wohnung bekommen, und Wohnungsbesitzer, die bereit wären Leerstand wieder neu zu vermieten zusammengebracht werden. In einem weiteren Schritt würde dann erst die Gemeinde als Mieter eingeschaltet werden. Klar ist, dass eine solche Kontaktbörse keine Konkurrenz für Immobilienmakler ist.

Nicht nur die Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist eine große Herausforderung für Möglingen, **auch die Integration von Flüchtlingen** kann nicht allein von den vielen im Ehrenamt engagierten Menschen bewältigt werden. Ehrenamt darf nicht überstrapaziert werden und bedarf der Unterstützung. Es gibt ein großes Aufgabenspektrum, das nur von Hauptamtlichen geleistet werden kann.

Die **Grüne Landesregierung** hat deshalb ein Förderprogramm auf den Weg gebracht. Mit den Fördergeldern sollen die Personalkosten für kommunale Integrationsbeauftragte refinanziert werden. **Wir stimmen deshalb dem Antrag der SPD** zur Schaffung einer Stelle mit Schwerpunkt Integration und Koordination von bürgerschaftlichem Engagement in vollem Umfang zu. Aus unserer Sicht sollte die Stelle jedoch für die erforderlichen Aufgabenschwerpunkte mit einer Sozialpädagogin/einem Sozialpädagogen besetzt werden.

Die SPD-Fraktion hat einen weiteren Antrag gestellt, der die Neufassung der Gemeindeordnung auf **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** am kommunalen Geschehen betrifft. Wir begrüßen und unterstützen, dass bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, Kinder in angemessener Weise beteiligen werden sollen und Jugendliche beteiligt werden müssen. Es sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Es ist unbestritten, dass sich Kinder und Jugendliche nur dann in ihrer Gemeinde einbringen, wenn sie an Projekten gleichberechtigt beteiligt werden und dadurch auch Wertschätzung erfahren. Dieser Möglichkeit wird inzwischen auch von der Verwaltung aufgegriffen, z.B. bei der Planung der neuen Bücherei. Treffen mit der Bürgermeisterin sind geplant. Der Jufo-Club soll Jugendliche regelmäßig in Beratungs- und Entscheidungsprozesse einbinden, z.B. bei der Erstellung einer

neuen Konzeption für das Jufo. Dies sind Schritte in die richtige Richtung. Die weitere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss gut vorbereitet werden. Die Rahmenbedingungen müssen stimmen, Schule, Jufo-Mitarbeiter/innen und Schulsozialarbeiterinnen müssen einbezogen werden.

Wir waren in Möglingen schon weiter, wir hatten einen Jugendgemeinderat.

Er ist in Möglingen gescheitert. Unserer Meinung nur deshalb, weil die Rahmenbedingungen nicht gestimmt haben. Wir haben jetzt die Chance erneut und sollten sie auch nutzen, damit eine Beteiligung in Form eines Jugendgemeinderates oder einer anderen Form der Jugendvertretung tatsächlich gelingt. Den Punkten 1 und 2 des SPD-Antrags stimmen wir zu. Bei den Punkten 3 und 4 schließen wir uns der Stellungnahme der Gemeinde an.

Im Dezember fand in Paris die von allen Seiten gelobte **Klimaschutzkonferenz** statt. Zeitgleich ein Gegengipfel in Montreuil. Malika Peyraut, Sprecherin von „Friends of the Earth“ sagt in Frankreich:

"Wir sind mitten in der Klimakrise. Daran wird auch der Gipfel der Regierungen, der gerade wenige Kilometer nordwestlich in Le Bourget tagt, nichts ändern: Die Pariser Konferenz wird keine Lösung bringen. Das wissen wir schon jetzt."

Sie sieht das ganz grundsätzlich:

"Die Welt steckt in einer tiefen ökologischen und sozialen Krise und die Ursache ist die Art, wie wir produzieren und konsumieren: Der Finanzsektor ist dereguliert, die Energie schmutzig, die Unternehmen haben zu viel Macht übernommen, die natürlichen Ressourcen werden rücksichtslos ausgebeutet, Konzerne oder Staaten nehmen den Leuten in Entwicklungs-ländern ihr Land. Das alles müssen wir ändern." (Quelle: Spiegel online, 7. Dezember 2015)

Was hat das mit Möglingen zu tun? Nichts? Oder doch sehr viel? Das kann jeder/jede für sich selbst entscheiden. **Wir meinen, dass die oben angesprochenen Punkte sehr viel mit Möglingen zu tun haben. Klimaschutz ist Menschenchutz.**

In Möglingen wurde schon einiges, zumindest in Ansätzen unternommen. Wir können nicht die Welt retten, aber wir können dazu beitragen, dass kleine Schritte in dieser Richtung unternommen werden. In diesem Sinne bringen wir unsere Vorstellungen in die Gemeinderatsarbeit ein. Wir unterstützen entsprechende Verwaltungsvorlagen oder Anträge, oder stellen selbst entsprechende Anträge, die immer öfter, wenn auch oft erst nach längerer Zeit umgesetzt werden. Inzwischen ist Vieles aber auch gesetzlich vorgeschrieben.

Ich möchte einige Punkte nennen:

Einsparung von klimaschädigendem CO₂ , Stickoxid-, Lärm- und Feinstaubbelastung:

Betrieb eines Blockheizkraftwerkes bei der Hanfbachschule, diese wird ersetzt durch den Neubau eines BHKW bei der Sonnenbrunnenhalle.

Grüner Antrag: Seit Jahren bezieht die Gemeinde Ökostrom für gemeindeeigene Gebäude, anfangs nur für Kindergärten.

Bereitstellung von Dachflächen für Fotovoltaikanlagen auf der Sonnenbrunnenhalle, Bauhof und Hanfbachschule. Beim Neubau der Gemeinschaftsschule ist die Möglichkeit ebenso vorgesehen.

Planung und Umsetzung des integrierten energetischen Quartierskonzepts mit einem Quartiermanager.

Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik im Jahr 2017

Was aus unserer Sicht noch fehlt: Elektrotankstellen zur Förderung der Elektromobilität.

Stichworte: ÖPNV und Straßenverkehr:

Grundsätzliches Ziel ist eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrsentwicklung, die auch städtebauliche Maßnahmen berücksichtigt.

Grüner Antrag: Tempo 30 auf der Hohenzollernstraße. Nach der letzten Verkehrszählung wird deutlich, dass es sich bei der Hohenzollernstraße um Quell- und Zielverkehr handelt. Aus unserer Sicht muss nun Tempo 30 realisiert werden.

Grüner Antrag: Einheitliche Tempobeschränkung Tempo 60 außerhalb des Orts in Richtung Stammheim, wurde abgelehnt.

Grüner Antrag: Kreisverkehre in der Ludwigsburger Straße und Aufpflasterung der Kreisverkehre, da durch die großen Durchmesser viele Autofahrer verleitet werden viel zu schnell durch die Kreisverkehre zu fahren. An der Volksbank hat sich ein Unfallschwerpunkt gebildet, der durch die halbherzige Maßnahme der Landkreisverwaltung nicht in den Griff zu bekommen ist. Rote Farbmarkierungen halten niemanden ab. Hier muss nachgebessert werden.

Grüner Antrag: Entlastung der Ortsmitte vom Durchgangsverkehr durch Pfortnerampel in Richtung Markgröningen - wurde abgelehnt.

Grüner Antrag: Reaktivierung der Bahnstrecke Möglingen-Markgröningen schlummerte fast 20 Jahre, inzwischen nimmt die Stadtbahn wieder Fahrt auf und wird von allen Gemeinderatsfraktionen unterstützt.

Grüner Antrag: Verbesserung der Busangebote nach Asperg, Ludwigsburg am Wochenende und Abend sowie nach Stammheim am Abend und am Wochenende - wurde von der Verwaltung nicht nachdrücklich verfolgt.

Grüner Antrag: Mobilitätskonzept, das zum Teil die oben genannten Punkte beinhaltet, aber auch weit darüber hinaus geht. Es soll eine umfassende Bestandsaufnahme erfolgen (Radwegenetz, Carsharing-Angebote, ÖPNV-Angebote, etc.) und mit Bürgerbeteiligung entsprechende Leitlinien erarbeitet werden. Dies wird im Gemeindeentwicklungsplan weiter verfolgt.

Was aus unserer Sicht noch fehlt: Mehr Tempo 30 auf Möglinger Straßen

Stichwort: Schonung der Ressource Boden:

Grundsätzliches Ziel ist es den Flächenverbrauch durch Flächenrecycling, Nachverdichtung und Aktivierung von Leerständen zu minimieren. Maßvolle Nachverdichtung ist grundsätzlich der Bebauung im Außenbereich vorzuziehen

Grüner Antrag: Möglingen beteiligt sich nicht am Interkommunalen Gewerbegebiet in Schwieberdingen. Erst durch das Veto von Bürgermeister Weigele stimmte in einer zweiten Sitzung der Gemeinderat mehrheitlich zu.

Grüner Antrag: Ökologisch ausgerichtetes Grünflächenmanagement, unter Einbeziehung des Ökokontos. Dies ist in einigen Punkten umgesetzt und wird im Gemeindeentwicklungsplan weiter verfolgt.

Fair-trade-town

Grüner Antrag: Fair gehandelte Produkte tragen dazu bei, den Menschen in den Herkunftsländern eine bessere Lebensperspektive und soziale Sicherung zu ermöglichen.

Der Antrag wird weiter verfolgt.

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2016 mit dem Stellenplan und dem mittelfristigen Investitionsprogramm stimmen wir in der vorliegenden Form zu, ebenso dem Wirtschaftsplan des Wasserwerkes.

Brigitte Muras

Möglingen, 18. Februar 2016